

## **GRÜNE: Konsequenzen aus der Corona-Krise für Frankfurt**

Corona hat unseren Alltag, hat unser Leben verändert. Auf vieles, was uns selbstverständlich ist, müssen wir verzichten. Viele sehnen sich nach ihrem gewohnten Leben zurück. Die Bereitstellung von Impfstoffen und der Start der Impfkampagne geben uns die Zuversicht, dass wir die Corona-Krise zusammen bewältigen können. Unsere Gesellschaft ist stark, und an vielen Beispielen stellen wir fest, dass wir mit einem großen Zusammenhalt und der großartigen Leistung vieler Berufsgruppen und Freiwilligen durch diese Krise gekommen sind. Ihnen gilt unser Dank. Vom Applaus wird aber niemand satt, deshalb müssen wir auch Konsequenzen aus Corona ziehen und die Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen stärken, die in der Krise besonders belastet waren.

Die Coronakrise hat die Schwächen unseres Systems vor allem in den Bereichen der Gesundheit, der sozialen Sicherungen, der Digitalisierung und der Bildung offengelegt. Wir müssen diese Schwächen anpacken und beseitigen. Corona hat viele Gewohnheiten in Frage gestellt und uns zu anderen Verhaltensweisen gebracht. Wir sollten uns auch fragen, welche Veränderungen gut sind und Chancen eröffnen, und was wir beibehalten wollen. Dies betrifft vor allem die durch die Beschränkungen verringerten Umweltbelastungen, das Aufatmen in der Stadt, die neue Lust am Radfahren und vieles mehr. Hier wollen wir die Veränderungen für einen ökologischen Aufbruch nutzen.

Corona stellt auch eine erhebliche Herausforderung für die öffentlichen Haushalte dar. Wir sind aber sicher: Wir dürfen uns nicht tiefer in die Krise sparen, sondern müssen im Gegenteil mit sinnvollen Investitionen die Infrastruktur voranbringen und auch der Wirtschaft und Gesellschaft wieder auf die Beine helfen.

Für die Frankfurter Stadtpolitik schlagen wir die hier zusammengestellten Maßnahmen zur Modernisierung und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt vor.



## Finanzen, Konjunktur- und Investitionspolitik: Der Krise nicht hinterher sparen!

Die Corona-Krise hat ein Loch in die Stadtkasse gerissen. Der Bund und das Land Hessen unterstützen zwar mit der Erstattung von Gewerbesteuerausfällen, der anteiligen Förderung von Kitagebühren und weiteren Maßnahmen. Trotzdem werden wir Antworten finden müssen, wie wir mit den Defiziten umgehen. Wir wollen der Krise nicht hinterher sparen, sondern gezielt in Nachhaltigkeit, lokale Strukturen und Klimaschutz investieren, auch um Arbeitsplätze in bewährten Wirtschaftsstrukturen zukunftsfähig erhalten zu können. Die Gewerbesteuer zum aktuellen Zeitpunkt anzuheben ist für uns dagegen keine Option.

Wir wollen:

- die finanziellen Auswirkungen abfedern, u.a. mit gezielten Kreditaufnahmen auch auf kommunaler Ebene (analog dem Vorgehen von Bund und Ländern)
- die Konjunktur ankurbeln mit Investitionen in Nachhaltigkeit, Aufsetzen eines Programms zur energetischen Sanierung städtischer und privater Gebäude
- insbesondere Investitionen in erneuerbare Energien und Klimaschutz

## Pflege und Gesundheitsversorgung: Stärken, was uns stärkt!

Die Coronakrise hat uns gezeigt, dass wir in vielen Bereichen der Pflege, der Gesundheitsvorsorge und der Gesundheitsinfrastruktur besser werden müssen. Sie hat auch gezeigt, dass das Gesundheitswesen in öffentliche Hand gehört. Wir wollen, dass dieser Bereich gestärkt wird. Mit mehr Personal, einer gut ausgebauten digitalen Infrastruktur und einer guten Vernetzung aller Akteur\*innen in diesem Bereich, damit bei Krisen schnell gehandelt werden kann. Die Krise macht auch deutlich, dass die Förderung von Gesundheit nicht nur die Aufgabe des Gesundheitsdienstes ist, sondern eine Querschnittsaufgabe. Daher schlagen wir jährliche Gesundheitskonferenzen mit den öffentlichen und privaten Trägern, mit Expert\*innen und Patient\*innenvertretungen für Frankfurt vor, wie sie im Jahr vor Corona erstmalig mit großem Erfolg durchgeführt wurde. Dort sollen Prävention und Sicherung gesunder Lebensverhältnisse für alle diskutiert und Maßnahmen erarbeitet werden.

Wir wollen:

- regelmäßige Gesundheitskonferenzen für Frankfurt
- den öffentlichen Gesundheitsdienst in Frankfurt konzeptionell weiterentwickeln und personell und finanziell dauerhaft besser ausstatten

- mit den Erfahrungen aus der Corona-Pandemie das Krisenmanagement weiter entwickeln
- den Klinikverbund Frankfurt Main Taunus mit seinen Standorten als Krankenhäuser der Maximalversorgung in öffentlicher Hand sichern und weitere Krankenhäuser im Einflussbereich der Stadt Frankfurt (wie z.B. die beiden Häuser der Stiftung Hospital zum Heiligen Geist) als Teil der gesundheitlichen Daseinsvorsorge krisenfest machen
- Post-Corona „Resilienzförderung“ für Kinder und Jugendliche und ihre Familien etablieren
- eine Verbesserung der psychosozialen Versorgung vulnerabler Gruppen durch „aufsuchende“ Strukturen erreichen
- die Corona-Krise auf ihre besonderen Auswirkungen auf Menschen mit ungleichen Gesundheitschancen untersuchen und zielgruppenspezifische gesundheitsfördernde Angebote entwickeln
- auf allen politischen Ebenen für die strukturell bessere Bezahlung im Gesundheitssektor hinwirken, beginnend bei der Pflegeausbildung
- Notunterkünfte für von Gewalt bedrohte Kinder und Jugendliche ausbauen und verlässlich und bedarfsdeckend finanzieren
- die psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen als pflegende Angehörige und von psychisch oder abhängigkeiterkrankten Erziehungsberechtigten verbessern
- alle Ausgaben für geschlechtsspezifische Gewaltprävention dauerhaft sichern.

Geschlechtergerechtigkeit:

### Die Ungleichheiten beseitigen!

In der Coronakrise sind die zwischen Frauen und Männern bestehenden Ungleichheiten wie unter einem Brennglas deutlich geworden. Frauen bilden die Mehrzahl der Beschäftigten in den meisten „systemrelevanten“, aber schlecht bezahlten Arbeitsfeldern wie den Care-Berufen oder im Lebensmittelhandel und halten dort im wahrsten Sinne des Wortes den Laden am Laufen. Sie sind zugleich diejenigen, die häufig in Teilzeit oder in prekären Minijobs arbeiten, in Steuerklasse 5 eingeordnet sind und mit diesem Konstrukt ziemlich sicher in der Altersarmut landen. Sie leisten in den Familien schon in normalen Zeiten die Hälfte mehr unbezahlte Haus- und Sorgearbeit als Männer. Und die Pandemie trifft Frauen nun doppelt: in den Familien schultern in der Mehrzahl die Frauen die Mehrbelastung mit Kochen, Kinderbetreuung, Homeschooling und Homeoffice und kümmern sich auch noch um pflegebedürftige Angehörige.

Insbesondere in Familien mit geringem Einkommen sind häufig die Frauen diejenigen, die ihre Arbeitszeit reduzieren oder ihre Minijobs aufgeben aufgrund der fehlenden Kinderbetreuung. Und Alleinerziehende trifft die fehlende Kinderbetreuung besonders hart – 84% von ihnen sind Frauen. Gibt es überhaupt Kurzarbeitergeld – bei Minijobs ist das nicht der Fall – fällt es für Frauen in Teilzeit mit Steuerklasse 5 entsprechend gering aus. All das wirkt sich negativ auf spätere Rentenansprüche aus. Und Zusammenleben in engen Wohnungen, Mangel an Ablenkungen, Kontaktbeschränkungen oder finanzielle Nöte können sich in sowieso schon belasteten Familien vermehrt in häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder entladen.

In der Bewältigung der Pandemie werden wir deshalb mit einem geschlechtersensiblen Blick gewährleisten, dass die Maßnahmen und Programme, die jetzt aufgesetzt werden, nicht zu weiterer Benachteiligung von Frauen oder gar zu Rückschritten führen, sondern im Gegenteil Nachteile ausgleichen und neue Perspektiven für Gleichberechtigung eröffnen.

Wir wollen:

- einen Geschlechtergerechtigkeits-Check, mit dem alle kommunalen Corona-Krisenmaßnahmen und Folgemaßnahmen auf ihre Auswirkungen auf die Lebenssituation von Mädchen und Frauen hin überprüft werden. Einen besonderen Fokus richten wir dabei auf mehrfach diskriminierte Personengruppen wie BiPoCs oder lesbische Frauen sowie auf besonders vulnerable Gruppen wie geflüchtete oder behinderte Frauen
- die Einkommens-, Bildungs- und Beschäftigungs-Situation von Mädchen und Frauen in Frankfurt und die gerechte Verteilung von Haus- und Sorgearbeit im Blick behalten und mit geeigneten Maßnahmen verbessern
- für Mädchen und Frauen Bildungsangebote zu Fragen der Berufs-, Familien- und Lebensplanung etablieren und ihre Finanzkompetenz stärken, um Altersarmut entgegenzuwirken
- für städtische Mitarbeiter\*innen familienfreundliche Möglichkeiten für mobiles Arbeit und Homeoffice eröffnen, die mit geschlechtersensiblen Regelungen Frauen und Männer gleichermaßen im Blick haben und die Gleichstellung stärken, statt stereotype Geschlechterrollen zu zementieren
- in Zusammenarbeit mit den Netzwerken und Verbänden Alleinerziehender Mütter und Väter / Ein-Eltern-Familien spezifische Maßnahmen zur Stärkung und Unterstützung dieser Gruppen in der Corona- oder ähnlichen Krisen entwickeln
- sicherstellen, dass Verhütungsmittel, Sexual- und Schwangerschaftskonfliktberatung sowie Schwangerschaftsabbrüche den Frauen auch in Pandemie-Zeiten zugänglich bleiben.

## Soziales und Teilhabe:

### Verlässlich für die, die Hilfe benötigen!

Unsere Gesellschaft muss die Schwächsten besser schützen. Gerade Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, leiden besonders in der Krise. Hilfebedürftige konnten teilweise nicht auf Hilfestrukturen zugreifen, da diese geschlossen oder eingeschränkt waren. Musizieren oder Flaschensammeln, die für manche Menschen überlebenswichtige Einkommensquellen darstellen, sind durch Corona weggebrochen. Notwendige Hygieneartikel wie Desinfektionsmittel oder Masken können sich arme Menschen kaum leisten. Große Gemeinschaftsunterkünfte sind sowieso schon eine Zumutung. Die in der Corona-Krise erforderlichen Hygienemaßnahmen sind dort nur mit großen Anstrengungen umsetzbar. Deshalb darf nicht die „Axt“ an die Leistungen der Stadt Frankfurt für einkommensschwache Haushalte, für psychosoziale Hilfen und pädagogische Betreuung gelegt werden. Im Gegenteil, wir müssen die sozialen Strukturen besser absichern und dafür sorgen, dass große Gemeinschaftsunterkünfte aufgelöst werden können. Wir wollen ein Modellprojekt „Frankfurt Housing First“ auflegen analog der finnischen Idee, den Menschen zuerst ein Dach über den Kopf zu vermitteln und sie dann eng sozial zu begleiten. Wir wollen dabei aus den Erfahrungen in anderen Städten lernen. Auch die Übernachtungsangebote in der kalten Jahreszeit und für EU-Bürger\*innen ohne Sozialleistungsanspruch müssen dringend verbessert werden. Wohnen ist ein Grundrecht und eine Stadtgesellschaft ist nur so gut wie sie mit ihren Schwächsten umgeht.

Wir wollen:

- Leistungen der Stadt für einkommensschwache Haushalte in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur erhöhen statt einsparen (Frankfurt Pass / Programm Würde im Alter)
- die Infrastruktur und Qualität der offenen Kinder- und Jugendarbeit langfristig sichern und mit der wachsenden Stadt ausbauen
- die Kinder- und Jugendhilfe besser und inklusiv für Krisen ausstatten und Konzepte und Mitarbeiter\*innen besser auf krisenhafte Situationen vorbereiten
- Schulen und Jugendeinrichtungen beim Zugang und der Nutzung digitaler Angebote unterstützen
- bestehende Strukturen und Netzwerke mit ihren Kompetenzen absichern
- ein Modellprojekt „Frankfurt Housing First“ auflegen, das Wohnungen an Obdachlose vermittelt und dann enge soziale Begleitung leistet
- Wohnungslosen EU-Bürger\*innen, die sich ohne Sozialleistungsanspruch in Frankfurt aufhalten, in Anlehnung an das Kölner Modell aus humanitären Gründen einen Schlafplatz in einer Art Boardinghouse anbieten.

Kultur:

### Über die Krise retten, vor neuen Krisen schützen!

Die Corona-Krise trifft die Kultur und die Kreativen mit voller Wucht. Schon vor der Krise war es für viele ein Drahtseilakt, finanziell über die Runden zu kommen. „Kulturschaffende waren schon immer kreativ“ - solch ein Befund klingt wie Hohn in den Ohren derjenigen, die nun nicht arbeiten können. Kulturorte, die zum Zusammenhalt und zur Reflexion unserer Gesellschaft beitragen, sind geschlossen. Wir brauchen eine Perspektive für die Kultur und müssen Lehren aus Corona ziehen. Um die aktuelle Krise und ihre Auswirkungen auf die Kultur sowie künftige Krisen besser abfedern zu können, wollen wir einen Krisenfond für Kulturschaffende einrichten. Wir wollen die prekäre Situation der Künstler\*innen mit Mindesthonoraren und Ausfallhonoraren in städtischen Kultureinrichtungen verbessern. Die Clubszene in Frankfurt braucht Möglichkeiten, so bald wie möglich neu starten zu können. Insgesamt soll Kultur im Freien und im öffentlichen Raum mit vereinfachten Genehmigungen Unterstützung bekommen.

Wir wollen:

- institutionelle Basisförderung etablieren
- Mindesthonorare und Ausfallshonorare etablieren
- einen Krisenfonds für Kulturschaffende einrichten
- Sicherung und Unterstützung der Frankfurter Clubszene
- verstärkt Möglichkeiten anbieten, Kultur in den öffentlichen Raum zu holen
- Kultureinrichtungen auch in Krisensituationen offenhalten wo immer möglich, um insbesondere dem Auftrag von kultureller Teilhabe und Bildung gerecht zu werden.

Einzelhandel und Tourismus:

### Die Vielfalt retten und stark machen!

Der Einzelhandel und die Gastronomie leiden unter der Corona-Krise und dem Lockdown. Eine Möglichkeit hier auch nach Corona zu reagieren ist die Verzahnung des stationären Handels und des Online-Handels. Einkaufen und Restaurantbesuch wird durch eine gute Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum gefördert. Die Gastronomie soll auch nach Corona unbürokratische Unterstützung bekommen und beispielsweise Freiluftgastronomie auf Parkplätzen anbieten dürfen. Interaktion von Handel, Handwerk, Kunst und Kultur wollen wir beispielsweise durch Showrooms in leerstehenden Liegenschaften ermöglichen.

Wir wollen:

- eine Stärkung des stationären Handels in der Innenstadt und in den Stadtteilzentren
- Modelle entwickeln, mit denen sich digitale und analoge Handelsstrukturen gegenseitig stützen
- die Chancen der Verkehrswende auch für Gastronomie und den Einzelhandel nutzen und mehr Räume schaffen
- die Aufenthaltsqualität unter den Bedingungen des Klimawandels und damit auch das Einkaufs- und Tourismuserlebnis vor Ort fördern, u.a. mit der Möglichkeit Show-Rooms zu öffnen und eine Interaktion von Handel, Kunst und Kultur zu fördern

### Digitalisierung und Bildung:

### Die Lücken schließen, die Zukunft gestalten!

Frankfurt hinkt im Bereich der Digitalisierung noch hinterher - im Bereich der Schulen, der Stadtverwaltung oder der Unterstützung von nachhaltiger Mobilität. Daher wollen wir die Digitalisierung der Schulen vorantreiben, die Home-Office-Fähigkeit aller Arbeitsplätze der Stadt Frankfurt herstellen, für die dies fachlich denkbar ist, Online-Dienstleistungen der Stadtverwaltung ausbauen, das Bürger\*innenamt digital ausgestalten und Frankfurt zur Smart City machen. Das ermöglicht kurze Wege, eine bürger\*innenfreundliche Verwaltung, zufriedene Mitarbeiter\*innen in der Stadtverwaltung und ist gleichzeitig Wirtschaftsförderung.

Wir wollen:

- die Vernetzung mit anderen Akteuren im Bereich öffentlicher Dienstleitungen in Form eines Zukunftskongresses „Verwaltung Digital“ ermöglichen, um Erfahrungen und best-practices auszutauschen
- die Digitalisierung von Schulen und Verwaltung vorantreiben, die verschiedenen Zuständigkeiten und Bedarfe vernetzen und effizient organisieren
- in allen Bereichen der Stadtverwaltung und der Bildungsinfrastruktur die „Home-Office-Fähigkeit“ verstärken
- das Bürger\*innenamtdigital ausgestalten und ein umfassendes Angebot für die Bürger\*innen schaffen, die Dienstleistungen der Stadt über einen digitalen Dialog in Anspruch nehmen zu können
- einen ganzheitlichen Ansatz „Frankfurt smart City“ etablieren und Chancen der Digitalisierung für Krisenfestigkeit nutzen - Digitalisierung muss Priorität haben
- die Vernetzung auch zwischen Stadt und Öffentlichkeit und innerhalb der Stadtöffentlichkeit ermöglichen und einen kreativen Standort in der Innenstadt für digitales und analoges „Ausprobieren“ etablieren

Lebendige Innenstadt, Stadtteilzentren:

## Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität zusammendenken!

Umwelt- und Gesundheitsvorsorge gehören zusammen. Ein gesundes Umfeld ist wichtig für alle Bürger\*innen. Gerade in der Corona-Krise, wo viele Außer-Haus-Aktivitäten nicht möglich sind, sieht man wie wichtig eine gesunde Umwelt, Möglichkeiten sich wohnungsnah im Grünen aufhalten zu können und Freizeitangebote für Kinder- und Jugendliche draußen sind. Was wir nach Corona nicht vermissen wollen, ist die bessere Luft zum Atmen durch den Lockdown, sowie weniger Flug- und Verkehrslärm.

Die Krise der Innenstädte hat sich durch Corona nochmal beschleunigt. Der Online-Handel boomt und die Verdrängung kleiner inhaber\*innengeführter individueller Läden sowie Leerstand nehmen zu. Wir wollen eine lebendige Innenstadt und Stadtteilzentren mit guter Aufenthaltsqualität für alle. Wir wollen Kultur, gastronomische Angebote, Spiel und Freizeitangebote für Kinder- und Jugendliche in der Innenstadt und den Quartieren - eine Stadt für alle. Auch Wohnen auf der Zeil und in den Nebenstraßen führt zur Belebung. Wir werden ein Bündel von Maßnahmen benötigen. Daher wollen wir einen Masterplan für eine lebendige Innenstadt auf den Weg bringen. Die Zentren unserer Stadtteile wollen wir ebenfalls in den Blick nehmen, denn hier setzt sich der Trend, den wir in der Innenstadt beobachten, fort. Mit einem eigenen Förderprogramm wollen wir die Ladenstruktur in den Stadtteilen unter Beteiligung der Akteure vor Ort stärken.

Wir wollen:

- einen Masterplan Innenstadt und ein Förderprogramm zur Belebung der Ladenstruktur in den Stadtteilen auf den Weg bringen
- das Konzept „Stadt am Main“ ([www.stadt-am-main.de](http://www.stadt-am-main.de)) und analoge Konzepte in den Quartieren umsetzen
- mehr wohnortsnahen Raum für Bewegung von Kindern schaffen und echte Spielstraßen etablieren
- Begrünung und Aufwertung aller Plätze forcieren, um zu mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu kommen
- eine Belebung der Innenstadt durch Wohnungsbau, Förderung der Mischnutzung (Gastronomie, kleine Läden, Wohnungen) und Umgestaltung großer monolithischer Kaufhäuser, die perspektivisch immer weniger nachgefragt werden, erreichen
- die kostenlose oder subventionierte Bereitstellung von leerstehenden Gewerbeflächen für Kulturschaffende und Startups zur Zwischennutzung fördern
- eine Konzeptvergabe von städtischen Liegenschaften zu erschwinglichen Preisen, insbesondere an Gewerbetreibende und Gastronomie, etablieren



- eine Beschleunigung von Planungsrechtsverfahren mit dem Ziel, schneller sozial- und klimagerechten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, prüfen
- Investitionen in Brauchwassermanagement ankurbeln, Neubaugebiete nur noch ausweisen, wenn sie einen geringen ökologischen Fußabdruck aufweisen
- den Bestand und anstehende Neubauten im Sport vor dem Hintergrund der Klimakrise sanieren/planen
- das Problem To-Go Müll mit Pilotprojekten für Mehrwegsysteme und Verbot bzw. Besteuerung von Einweg-Verpackungen lösen und die Pfandsysteme auf alle Plastikflaschen und Dosen ausweiten
- die Sauberkeit durch finanzielle und personelle Ausweitung des Programms clean ffm verbessern.

Mobilität:

### Mit der Verkehrswende Chancen nutzen!

Radfahren boomt wie nie. Teilweise muss man auf ein neues Rad wochenlang warten. Die neu entdeckte Liebe zum Radfahren, aber auch zum zu Fuß gehen, wurde durch Corona beschleunigt. Der Radentscheid hat hier den notwendigen Druck erzeugt und damit bereits für Veränderungen gesorgt. Diesen Weg wollen wir ausbauen und weitergehen, mit einer massiven Förderung der Radinfrastruktur und auch mit Umwidmung von Verkehrsflächen, die bisher für den Autoverkehr genutzt werden. Das Spazieren und zu Fuß gehen wollen wir attraktiver machen, indem wir die Gehwege barrierefrei anlegen und ausbauen. Den ÖPNV wollen wir mit dem 365 Euro Ticket vergünstigen und auf ausgewählten Strecken sogar kostenlos anbieten. Ein\*e Beauftragte\*r für Wirtschaftsverkehre bei der Stadt Frankfurt soll Ansprechpartner\*in und Koordinator\*in für Klima und umweltfreundlichen Wirtschaftsverkehr werden.

Wir wollen:

- massive Förderung der Radinfrastruktur und die Umwidmung von Verkehrsflächen für alle Bedarfe
- Gehwege hinreichend breit anlegen und wo nötig freiräumen
- den Ausbau des Angebots im ÖPNV sowie die Schaffung von kostengünstigen Angeboten intensivieren
- Home-Office in dafür geeigneten Bereichen fördern, um Pendler\*innenverkehr zu reduzieren und Verkehrsspitzen zu vermeiden
- innerstädtischen Wirtschafts- und Güterverkehr stadt- und klimaverträglich gestalten
- eine\*n Beauftragte\*n für Wirtschaftsverkehr für Frankfurt etablieren.